

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	XXI
A. Einführung	1
I. Problemstellung	1
II. Ziel und Gegenstand der Untersuchung	2
III. Gang der Untersuchung	5
B. Diagnose als Grundlage der Prognose	9
I. Materiellrechtliche Anforderungen an die Diagnose	9
I. Maßgeblichkeit der objektiven Sachlage als rechtsstaatlicher Grundsatz	9
2. Limitierung der materiellrechtlichen Diagnoseanforderungen im <i>allgemeinen Polizei- und</i> <i>Ordnungsrecht</i> aufgrund der besonderen Bedingungen gefahrenabwehrrechtlichen Handelns	10
a) Von der objektiven Sachlage zur „normativ- subjektiven“ Perspektive des handelnden Gefahrenabwehrorgans	10
b) Rechtspolitische Begründung	11
3. Die Geltung der limitierten Diagnoseanforderungen im Versammlungsrecht	12
a) Der Wortlaut des § 15 I VersG und dessen Interpretation in der Rechtsprechung	12
b) Fazit	14
4. Kritische Würdigung	15
a) Limitierte Diagnoseanforderungen als Widerspruch zum Rechtsstaatsprinzip?	15

b)	Erforderlichkeit von sachlichen Rechtfertigungsgründen zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit.....	15
c)	Analyse der Handlungsbedingungen der Versammlungsbehörden	17
aa)	Der geringere Zeitdruck der Versammlungsbehörden	17
bb)	Die besondere Komplexität im Versammlungswesen	18
cc)	Fehleranfälligkeit der Versammlungsanmeldung.....	18
aaa)	Der Opportunismus des Veranstalters	19
bbb)	Teilnehmerzahl bei Versammlungen der rechtsextremistischen Szene	19
dd)	Keine Kontrolle fremdbehördlicher Informationen.....	20
d)	Zusammenfassung und Fazit.....	21
II.	Verfahrensrechtliche Anforderungen an die Diagnose	22
1.	Aufklärungspflicht der Behörde als Verfahrensgrundsatz.....	24
2.	Versammlungsbehördliche Erkenntnisgewinnung	24
a)	Allgemeine Vorgaben des VwVfG.....	26
b)	Kooperationspflichten der Versammlungsbehörde	26
aa)	Behördenseitige Kooperation als Ausdruck grundrechtsfreundlicher Verfahrensgestaltung	26
bb)	Spezielle Bedeutung der Kooperation für die Diagnose	28
cc)	Erforderlichkeit und Umfang diagnoserelevanter Kooperation	29
aaa)	Erforderlichkeit	30
aaaa)	Großdemonstrationen	31
bbbb)	Eil- und Spontanversammlungen	31
bbb)	Umfang	33
aaaa)	Kooperationshinweis und -angebot im Rahmen der Versammlungsanmeldung	33
bbbb)	Erörterung der Einzelheiten der Durchführung.....	34

cccc)	Erörterung geplanter Gegenmaßnahmen – Auskunft über geplante Maßnahmen und Angebot von Austauschmitteln	36
ccc)	Vorgaben für den behördlichen Kooperationsvollzug.....	38
dd)	Rechtliche Folgen verweigerter oder unzulänglicher Kooperation des Veranstalters oder Leiters für das versammlungsbehördliche Verwaltungsverfahren.....	39
aaa)	Veranstalterseitige Kooperation lediglich als Obliegenheit – keine Substitution des behördlichen Untersuchungsgrundsatzes durch veranstalterseitige Kooperation.....	40
bbb)	Beschränkung der versammlungsbehördlichen Aufklärungspflicht.....	41
ccc)	Negative Schlüsse für die Beweiswürdigung	43
3.	Zusammenfassung	44
4.	Kritische Würdigung	45
a)	Erörterung der Einzelheiten der Versammlungsdurchführung zur Optimierung der Diagnose	46
b)	Erörterung geplanter Gegenmaßnahmen zur Optimierung der Diagnose.....	48
aa)	Einwirkung auf die Versammlungsmodalitäten.....	49
bb)	Einwirkung auf die Versammlungsteilnehmer.....	49
c)	Zusammenfassung und Fazit	53
C.	Prognose.....	55
I.	Einleitung.....	55
II.	Erforderlicher Prognosemaßstab.....	55
1.	Prognosemaßstab nach dem Grundbegriff der Gefahr	56
a)	Fortgesetzte Geltung des Gefahrengrundbegriffs im besonderen Gefahrenabwehrrecht	56
b)	Der Grundbegriff der Gefahr als <i>hinreichende Wahrscheinlichkeit des Schadens</i>	57

aa)	Zum Begriff der „hinreichenden Wahrscheinlichkeit“	57
bb)	Der maßgebliche Wahrscheinlichkeitsgrad als Ausdruck des Verhältnismäßigkeitsprinzips.....	58
cc)	Die wahrscheinlichkeitsgewichtete Abwägung	60
aaa)	Qualität der Schutz- und Eingriffsgüter.....	60
bbb)	Quantität der Schutz- und Eingriffsgüter	60
ccc)	Fazit	61
dd)	Die zeitliche Nähe des Schadenseintritts	61
2.	Die Unmittelbarkeitsqualifikation des § 15 I VersG und ihr Einfluss auf den Prognosemaßstab des Gefahrenbegriffs.....	62
a)	Die Interpretation des Unmittelbarkeitserfordernisses in der Rechtsprechung	62
aa)	<i>BVerfG</i>	62
bb)	<i>BVerwG</i>	63
cc)	<i>VGe</i> der Länder	64
b)	Zwischenfazit	66
3.	Zusammenfassung und Fazit.....	67
4.	Kritische Würdigung	68
a)	Wortlaut.....	70
b)	Systematik	71
aa)	Inanspruchnahme von Nichtstörern im allgemeinen Polizei- und Ordnungsrecht	72
bb)	Verwaltungsvollstreckung im allgemeinen Polizei- und Ordnungsrecht	73
cc)	Standardermächtigungen.....	74
dd)	Fazit	74
c)	Gesetzesbegründung von 1978 zur Novellierung des VersG	75
d)	Sinn und Zweck	76
aa)	Besondere zeitliche Schadensnähe als Ausdruck des Verhältnismäßigkeitsprinzips?	77

bb)	Hohe Schadenswahrscheinlichkeit als Ausdruck des Verhältnismäßigkeitsprinzips?	79
cc)	Fazit	79
e)	Zusammenfassung	81
III. Vorgaben für die Bewertung des Prognosematerials am Maßstab der <i>hohen</i> Schadenswahrscheinlichkeit		82
1.	Die Doktrin „grundrechtskonformer“ Bewertung	82
a)	Allgemeine Vorgaben für die Gewichtung von Gefahrenindizien und die Berücksichtigung von Gegenindizien	82
b)	Fazit	83
2.	Problemgruppen	86
a)	Gewalttätige Ausschreitungen und kollektive Begehung von Straftaten mit Meinungsbezug	86
aa)	Erforderlichkeit eines hinreichend konkreten Bezugs der Tatsachen zu der geplanten Veranstaltung <i>als Regel</i>	87
bb)	Erfahrungen und Erkenntnisse, die nicht unreflektiert Berücksichtigung finden dürfen	91
b)	Unzuverlässigkeit des Versammlungsleiters	92
c)	Redeverbote	94
d)	Gefährdung der öffentlichen Ordnung aufgrund der Modalitäten einer (rechtsextremistischen) Versammlung	95
aa)	Das Mitführen von Flaggen, Fahnen und Fackeln	100
aaa)	Reichskriegsflagge	100
bbb)	Schwarze Fahnen	101
ccc)	Fackeln	102
bb)	Trommeln	102
cc)	Marschieren in Blöcken, Zügen und Reihen	103
dd)	Das Rufen von Parolen	104
e)	Tarnveranstaltung	106
aa)	Konkrete Indizien der Tarnabsicht	107
bb)	Angaben des Veranstalters bei der Anmeldung als Gegenindizien	109

cc)	Weitere Gegenindizien	110
dd)	Zusammenfassung	110
f)	Wahlkampf.....	111
g)	Beziehungen des Bundes zu auswärtigen Staaten.....	113
h)	Polizeilicher Notstand.....	114
aa)	Gegenwärtige, erhebliche Gefahr.....	115
bb)	Maßnahmen gegen den Störer versprechen keinen Erfolg.....	117
cc)	Verwaltung kann die Gefahr nicht oder nicht rechtzeitig durch eigene Mittel abwehren.....	117
aaa)	Ermittlung der Störerzahl	118
bbb)	Errechnung des Bedarfs an Polizeikräften.....	119
ccc)	Feststellung verfügbarer Polizeikräfte	119
dd)	Zusammenfassung	120
i)	Strafbare Meinungsäußerungen	121
aa)	Art. 5 I S. 1 GG als Maßstab für die Auslegung und Anwendung von Strafgesetzen mit Meinungsbezug.....	121
bb)	Die zutreffende Erfassung des Sinns der Äußerung als Voraussetzung ihrer rechtlichen Würdigung	122
cc)	Vorgaben für die Auslegung von Meinungskundgaben am Maßstab des Art. 5 I S. 1 GG	123
aaa)	Maßgeblichkeit des objektiven Sinns der Äußerung.....	123
bbb)	Maßgeblichkeit der Sicht eines unvoreingenommenen und verständigen Durchschnittspublikums.....	124
ccc)	Berücksichtigung des Kontextes und der sonstigen Begleitumstände der Äußerung	125
dd)	Fallbeispiel.....	126
ee)	Zusammenfassung	127
j)	Verherrlichung nationalsozialistischer Gewalttaten....	127

aa)	Billigen, Verherrlichen oder Rechtfertigen der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft	128
bb)	Verletzung der Opferwürde	129
cc)	Störung des öffentlichen Friedens.....	130
dd)	Zusammenfassung	131
3.	Kritische Würdigung	132
a)	Schlüssigkeit unter Berücksichtigung des strengen Prognosemaßstabs	134
b)	Sachlichkeitsgebot als Abwägungsmaxime.....	137
c)	Grundrechte als Abwägungsdirektive	139
aa)	Versammlungsfreiheit	139
bb)	Meinungsfreiheit	142
d)	Zusammenfassung und Ausblick	143
D. Zentrale Thesen dieser Arbeit.....		145